

Foto: BMG | Jochem Zick (action press)



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Nachricht vom schweren, gewalttätigen Übergriff auf zwei Kippa tragende Männer im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg ►► hat auch mich entsetzt und fassungslos gemacht. Dieser Angriff war widerwärtig. Und es ist beschämend, dass sich heute in Deutschland der Präsident des Zentralrats der Juden dazu gezwungen sehen muss, vor dem Tragen der Kippa in deutschen Großstädten zu warnen ►►.

Ermutigend waren nach dem Angriff allerdings die Solidaritätskundgebungen, die in Berlin selbst, aber auch in anderen deutschen Städten durchgeführt wurden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer trugen dabei die traditionelle jüdische Kopfbedeckung Kippa. In der Hauptstadt waren am Mittwoch der vergangenen Woche unter dem Motto „Berlin trägt Kippa“ rund 2.000 Menschen am jüdischen Gemeindezentrum im Stadtteil Charlottenburg versammelt, um gegen Antisemitismus zu demonstrieren ►►. „Antisemitismus hat in unserer Stadt keinen Platz“, betonte zu diesem Anlass Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. Volker Kauder erklärte als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in seiner Rede, Deutschland werde Antisemitismus niemals akzeptieren. Zudem hob er hervor: „Diejenigen, die hier leben wollen, müssen das auch wissen.“ In einem Gastbeitrag für „Die Welt“ führte Kauder zudem richtigerweise vor wenigen Tagen aus, jede Form von Antisemitismus sei zugleich „ein Angriff auf die Identität unseres Staates“ ►►.

Zugleich teile ich die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die mit Blick auf den 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels in einem Grußwort für die „Jüdische Allgemeine“ schrieb, Deutschland wende sich „entschlossen gegen Antisemitismus“ und betrachte die Sicherheit Israels auch weiterhin als Teil seiner Staatsraison: „Im Wissen um diese Verantwortung und im Bewusstsein unserer gemeinsamen Werte werden wir unsere Zukunft zum beiderseitigen Wohl gestalten.“ ►► Wegweisende Worte für das deutsch-israelische Verhältnis auch in Zukunft!

Herzliche Grüße

70 JAHRE ISRAEL

Ein Datum von weltgeschichtlicher Bedeutung: Am 14. Mai 1948 zog sich Großbritannien als so genannte „Mandatsmacht“ aus Palästina zurück – und David Ben Gurion, der später erster israelischer Ministerpräsident wurde, rief im Stadtmuseum von Tel Aviv den Staat Israel aus. Mit Blick auf den nahenden 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels verurteilte der Deutsche Bundestag am 26. April daher die zunehmenden antisemitischen Vorfälle und Übergriffe in Deutschland. „Jeder hat seinen Platz in der Gesellschaft, aber nicht der Antisemitismus“, betonte Volker Kauder als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu diesem Anlass in seiner Rede vor dem Parlament. Mit breiter Mehrheit von Union, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD und bei Enthaltung der Linkspartei verabschiedete der Bundestag einen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP ►►, in welchem diese die Bundesregierung auffordern, „die herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Israel weiter zu erhalten, zu vertiefen, auszubauen und zu fördern“ und für den Fortbestand und die Sicherheitsinteressen des Staates Israel einzutreten. Das wiederentstandene jüdische Leben in Deutschland solle die Bundesregierung schützen und fördern und zudem jede Form von Antisemitismus mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates bekämpfen.

RELIGIONSFREIHEIT: DEBATTE IM BUNDESTAG

Klare Worte zu einem wichtigen Thema: Volker Kauder erinnerte in der Debatte des Parlaments zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit am 27. April an die geschichtliche Erfahrung des Dreißigjährigen Krieges, der ein Drittel der damaligen Bevölkerung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation ausgelöscht habe – und auch heute würden aus „religiöser Unbedingtheit“ Kriege wie in Syrien oder im Irak entstehen. „Wenn Religionsfreiheit nicht gewährleistet wird, wird auch kein Frieden in der Gesellschaft ermöglicht“, so Kauder, der zudem verdeutlichte, dass Glaubens- und Gewissensfreiheit für eine Beendigung der schweren Konflikte im Orient eine wesentliche Voraussetzung seien. Zugleich äußerte Kauder sein Bedauern darüber, „dass in der Region, die die Wiege des Christentums war, dass Christentum immer weniger stattfindet.“ So wie in Deutschland Mitmenschen muslimischen Glaubens die Möglichkeit hätten, Moscheen zu bauen und ihren Glauben zu leben, so sei es beispielsweise ebenso selbstverständlich einzufordern, „dass die Christen ihre Kirchen in der Türkei bauen können.“ Im Anschluss an die vielstimmige Debatte zur Religionsfreiheit verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD eine Entschließung ►► zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit. Damit wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auch weiterhin für die Einhaltung des Menschenrechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit einzusetzen. Zudem soll die Regierung weitere Schritte zur Umsetzung der Strategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Rolle von Religion in der Entwicklungszusammenarbeit unternehmen, um so die Menschenrechte weltweit zu stärken.

Mein Wahlkreis
Dormagen, Grevenbroich
Neuss, Rommerskirchen
Meine Ziele im Wahlkreis

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22777321
E-Mail: hermann.groeh@bundestag.de



www.hermann-groeh.de

AKTIONSTAG DES BÜNDNISSES „NEUSS FÜR ALLE!“

Unter dem Motto „Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung“ hat das Bündnis „Neuss für alle!“ am 28. April einen gut besuchten Aktionstag in der Neusser Innenstadt auf die Beine gestellt. Auch wenn die Behindertenrechtskonvention ►► der Vereinten Nationen von Beginn an die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen fordert, ist diese im Arbeitsmarkt noch immer nicht vollständig verwirklicht worden. Unter Anleitung der Kreisgruppe Rhein-Kreis Neuss des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW ►► stellten sich auf dem Marktplatz vor dem Neusser Rathaus deshalb zahlreiche Initiativen und Gruppen aus der Behindertenarbeit vor sowie Betriebe und Arbeitgeber, die Menschen mit und ohne Behinderung beschäftigen. In Gesprächsrunden wurden Unterstützungsangebote erläutert, die Menschen mit Behinderung bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen helfen. Ein schönes Beispiel für gelungene Inklusion am Arbeitsplatz stellt die gemeinnützige „Paul kocht! GmbH“ aus Kaarst ►► dar, in deren Küche Menschen mit und ohne Behinderung Hand in Hand arbeiten. Zudem sorgte der Food-Truck des Integrationsbetriebes „Paul kocht!“ auch am Aktionstag für das leibliche Wohl der Besucherinnen und Besucher. Im Beisein von Landrat Hans-Jürgen Petrauschke und Dr. Jörg Geerlings MdL freute sich Hermann Gröhe bei bestem Wetter über viele schöne Begegnungen und gute Gespräche mitten in seiner Heimatstadt Neuss.

IM GESPRÄCH MIT „CISCO SYSTEMS“

Guter Gedankenaustausch zu den Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung von Arbeits- und Alltagswelten: Hermann Gröhe konnte sich am 26. April über den Besuch einer aus den USA angereisten Delegation von „Cisco Systems, Inc.“ im Deutschen Bundestag freuen. Cisco entwickelt als traditionsreicher und leistungsstarker Branchenriese in der Informationstechnik neue Pläne und Lösungen, um digitale Prozesse im täglichen Leben noch besser als bisher nutzbar zu machen – mit Blick auf den „smarten“ Wandel ganzer Großstädte und Ballungszentren über mittelständische Industrieunternehmen bis hin zu den „eigenen vier Wänden“. Von besonderer Bedeutung für das Unternehmen sind zudem die seit den 90er Jahren bestehenden „Cisco Networking Academies“: In diesen E-Learning-Plattformen werden weltweit derzeit mehr als 1,7 Millionen Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer mit Blick auf ihre IT-Kenntnisse aus- und weitergebildet. Da das Berufskolleg Technik und Informatik Neuss ►► einer der mehr als 500 Standorte der „Cisco Networking Academies“ ist, vereinbarte Francine Katsoudas ►►, Senior Vice President und weltweite Personalchefin von Cisco, mit Gröhe auch im Hinblick auf seinen heimischen Wahlkreis weiterhin in Kontakt zu bleiben. Die deutschsprachige Website von Cisco Systems finden Sie hier ►►.

„FÖRDERPREIS EHRENAMT“ VERLIEHEN

Schirmherrschaft zu einem besonders schönen Anlass: Hermann Gröhe konnte bei der alljährlichen Verleihung des „Förderpreises Ehrenamt“ des Lions Club Neuss am 21. April den gesellschaftlichen Wert ehrenamtlichen Wirkens hervorheben. Der Lions Club zeichnete erneut drei verdiente, ehrenamtlich Aktive für ihre Arbeit aus, die auch die Bandbreite des Wirkens für Mitmenschen verdeutlichen. So wurde Tara Khairee, 1992 als Flüchtlingskind iranisch-kurdischer Eltern im Irak geboren, für ihren vielfältigen Einsatz für andere Flüchtlinge belohnt, den sie seit ihrer Ankunft in Deutschland im Jahr 2015 leistet. Hermann-Josef Kahlenberg erhielt den Preis für sein Lebenswerk: Seit 60 (!) Jahren setzt sich Kahlenberg für den Ringersport und dabei insbesondere für den überaus erfolgreichen KSK Konkordia Neuss ein. Die Feuerwehren im Rhein-Kreis Neuss, für die sich im gesamten Kreis etwa 2300 Mitglieder engagieren, wurden gemeinsam ebenfalls mit dem „Förderpreis Ehrenamt“ gewürdigt, da die Erfüllung ihres Auftrages unverzichtbar ist – Tag für Tag. „Unsere Gesellschaft braucht Vorbilder wie Sie“, erklärte Hermann Gröhe während der Feier zur Verleihung des Preises: Wahre Worte! Einen Bericht der Neuß-Grevenbroicher Zeitung zur Verleihung des Förderpreises Ehrenamt finden Sie hier ►►.

Neues aus dem Parlament

Wichtig im weiteren Kampf gegen Rechtsextremismus: Der Bundestag hat am 26. April den Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung beschlossen. 548 Bundestagsabgeordnete stimmten für einen entsprechenden gemeinsamen Antrag ►► von CDU/CSU, SPD und FDP. Gegenstimmen gab es keine, 79 Abgeordnete enthielten sich. Einen Antrag der AfD, den Antrag zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss zu überweisen, hatte der Bundestag zuvor mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Mit der Annahme des Antrags der drei genannten Bundestagsfraktionen beschloss das Parlament, dass beim Bundesverfassungsgericht folgende Entscheidung beantragt wird:

- „1. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist für sechs Jahre von der staatlichen Finanzierung nach § 18 des Parteiengesetzes ausgeschlossen.
2. Der Ausschluss nach Nummer 1 erstreckt sich auch auf Ersatzparteien.“

Die Fraktionen verweisen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017, in der festgestellt wurde, dass die NPD die freiheitlich-demokratische Grundordnung missachtet und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Nur aufgrund fehlender Möglichkeiten zur tatsächlichen Umsetzung ihrer Ziele habe das Bundesverfassungsgericht das Verbot der NPD nicht ausgesprochen. Allerdings habe das Gericht die Möglichkeit aufgezeigt, dass es dem Gesetzgeber unbenommen bleibe, gegenüber Parteien, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Das nunmehr von CDU/CSU, SPD und FDP vorgeschlagene Verfahren soll vorwiegend verhindern, dass eine Partei, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung missachtet, mit Hilfe steuerlicher Gelder von demselben Staat unterstützt wird, dessen grundlegende Verfassung und Werte sie ablehnt und bekämpft.

► 5. Mai 2018

**Teilnahme am 11. Tandem-Tag,
Gut Gnadental, Neuss.**

► 7. bis 8. Mai 2018

**Gemeinsame Tagung der Geschäftsführenden Vorstände der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD,
Murnau.**

► 9. bis 10. Mai 2018

Teilnahme am Deutschen Katholikentag (9. bis 13. Mai), Münster.